

Argumentationshilfe zum Thema Flüchtlinge

1. Ahnungslose wissen: „Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen.“

Richtig ist: Davon sind wir Lichtjahre entfernt.

Die allerwenigsten Flüchtlinge schaffen es nach Europa – weil sie in der Region bleiben wollen und auf baldige Rückkehrchancen hoffen, oder weil sie schlicht keine Möglichkeiten haben, hierher zu kommen. Legale Wege nach Europa gibt es für Flüchtlinge so gut wie nicht. Die Länder, die im weltweiten Vergleich aktuell die meisten Flüchtlinge beherbergen, heißen Pakistan, Libanon, Jordanien, Iran, Türkei.



2. Besorgte Bürger finden: „Die vielen Flüchtlinge sind ein großes Problem.“

Richtig ist: Ein Problem haben vor allem die Flüchtlinge.

Ein Problem haben zuallererst die Betroffenen, die vor Konflikten wie in Syrien, Afghanistan und anderen Ländern fliehen müssen, um ihr Leben zu retten. Ein Problem haben auch die Nachbarstaaten von Kriegs- und Krisengebieten – siehe Syrien -, die in wenigen Wochen Hunderttausende aufnehmen.

3. Einfältige sind überzeugt: „Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge.“

Richtig ist: Die Gründe, die Menschen in die Flucht treiben, wiegen schwer.

Niemand setzt sich leichtfertig nachts in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles los – die Heimat, Besitz, Familienangehörige, vielleicht sogar Kinder – und das alles nur in der Hoffnung auf den Bezug von Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, kämpft oft ums Überleben. Weil im Herkunftsland Krieg herrscht, Verfolgung droht, Diskriminierung an der Tagesordnung oder die eigene Existenz permanent in Gefahr ist.

4. Politiker predigen: „Roma haben es nur auf unsere Sozialleistungen abgesehen.“

Richtig ist: Populisten machen Stimmung gegen Roma.

Bei Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien handelt es sich überwiegend um Roma. Dass diese Flüchtlinge arm sind, ist den meisten Menschen bekannt. Weniger klar ist, wie groß ihre Not ist und welche Ursachen das hat. Die zentrale Antwort ist: Wie keine andere Gruppe in Europa werden Roma von vielen in der Mehrheit abgelehnt und benachteiligt, von manchen sogar attackiert.

Die EU-Kommission hat festgestellt, dass Roma in allen Balkanstaaten einer Rundum-Diskriminierung ausgesetzt sind, die sie daran hindert, ein normales Leben zu führen: Sie erhalten keinen Zugang zu Wohnungen und leben deshalb in Slums, oft sogar ohne Strom und Heizung. Sie haben kaum Zugang zur Bildung, zu Arbeit, zu Gesundheitsversorgung. Nach Angaben der serbischen Regierung haben 30 Prozent der Roma in Serbien kein sauberes Trinkwasser, 70 Prozent keinen Zugang zur Kanalisation. Laut UNICEF haben Roma – Kinder eine um ein Drittel geringere Chance, das erste Lebensjahr zu erreichen als andere Kinder. Immer wieder werden Roma Opfer rassistischer Gewalt.



Seit 2012 wird asylsuchenden Roma von einigen Politikern öffentlich Asylmissbrauch unterstellt. Die Betroffenen werden in Asyl – Schnellverfahren abgelehnt, die nicht den Standards entsprechen und bei denen das Ergebnis der Ablehnung von vornherein festzustehen scheint. In der deutschen Öffentlichkeit gilt eine Asyl – Anerkennungsquote nahe Null wiederum als Beleg dafür, dass Roma nur der Sozialleistungen wegen kommen.

Statt die Diskriminierung der Roma in ihren Herkunftsstaaten angemessen zu berücksichtigen, wird diese in Deutschland durch fragwürdige Asylverfahren fortgesetzt. Durch die asylrechtliche Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien – Herzegowina als „sichere Herkunftsländer“ will

die Bundesregierung die individuellen Asylgründe von Roma künftig regelmäßig gar nicht erst prüfen. So werden die Vorurteile gegen Roma hierzulande einmal mehr verstärkt. Inzwischen sollen auch Montenegro und Albanien zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden – doch auch diese Staaten sind für Roma keineswegs sicher. Nicht zu vergessen ist unsere geschichtliche Verantwortung, nämlich dass die heutigen Roma Nachkommen einer Bevölkerungsgruppe sind, die europaweit von Nazis verfolgt und ermordet worden ist.

5. Egoisten sagen: „Wir können doch nicht alle Probleme dieser Welt lösen.“

Richtig ist: Wir sind mitverantwortlich für die Bedingungen, die Menschen in die Flucht treiben.

In einer Welt, in der global gehandelt und Politik gemacht wird, ist nicht zu leugnen, dass wir ganz klar mitverantwortlich für die Bedingungen sind, die Menschen in die Flucht treiben. Vier Beispiele:

- Die europäischen Regierungen haben im Laufe der Geschichte permanent unterdrückerische Regime und Gewaltherrschaften gestützt: Etwa, um sie bei der Flüchtlingsabwehr einzuspannen, wie das bei Gaddafi in Libyen und Ben Ali in Tunesien der Fall war. Auch das Regime Saddam Hussein im Irak oder das Regime Assads in Syrien wurden lange vom Westen hofiert. Auch heute noch machen westliche Staaten gemeinsame Sache mit Folterstaaten.
- Beim Handel sitzen die Industriestaaten stets am längeren Hebel. Beispiel: Die Fischereiabkommen der EU mit afrikanischen Küstenstaaten wie Mauretanien haben dafür gesorgt, dass große EU-Trawler das Meer leer fischen und die einheimischen Fischer die Lebensgrundlage ihrer Familie verlieren.
- Beim alltäglichen Einkauf profitieren wir z.B. von den extrem niedrigen Löhnen der NäherInnen in Bangladesch sowie der KaffeepflückerInnen in Westafrika.
- Den CO₂-Ausstoß verursachen vor allem Industrie- und Schwellenstaaten. Die dramatischen Folgen des Klimawandels treffen dagegen die Bevölkerungen in besonders armen Gegenden. ExpertInnen haben keinen Zweifel daran, dass in Zukunft viele Millionen Menschen infolge von Klimaveränderungen fliehen werden.



6. Ignorante Europäer denken: „Es kann doch nicht ganz Afrika kommen.“

Richtig ist: Afrika ist ein riesiger, vielseitiger Kontinent. Längst nicht alle AfrikanerInnen wollen nach Europa.

Afrika besteht aus mehr als 50 Nationen. Darunter sind repressive Diktaturen wie Eritrea, zerfallene Staaten wie Somalia, aber auch stabile Demokratien wie Botswana – und die Zahl der Demokratien nimmt zu, die Wirtschaft vieler afrikanischer Staaten wächst. Schon daher will nicht „ganz Afrika“ zu uns kommen. Außerdem: Das größte Flüchtlingslager der Welt mit ca. 400 000 Menschen – die meisten aus Somalia – ist in Kenia.

7. Engherzige sagen: „Hier ist kein Platz mehr für Flüchtlinge.“

Richtig ist: Mit vernünftiger Planung könnten wir viel mehr Menschen aufnehmen.

Deutschland hat rund 80 Millionen Einwohner und ist ein großes Land. Wenn im Laufe eines Jahres 1000 bis 2000 Schutzsuchende in einer Stadt ankommen, die eine Unterkunft brauchen, kann das eine Herausforderung sein, aber es ist kein Grund zur Panik. Mit vorausschauender Planung könnten viel mehr Menschen aufgenommen werden.

8. Hetzer behaupten: „Asylbewerber sind gefährlich, kriminell und unordentlich.“

Richtig ist: Flüchtlinge sind so verschieden wie Menschen eben sind.

Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Es gibt keine Hinweise darauf, dass Flüchtlinge häufiger straffällig werden als andere Menschen. Auch nicht, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft krimineller sind als die Durchschnittsbevölkerung.

Gern wird versucht, das Gegenteil mit der Polizeistatistik zu beweisen. Das ist aber irreführend. Denn die Polizeistatistik erfasst Tatverdächtige, nicht TäterInnen. Daraus kann man lediglich schließen, dass „Ausländer“ häufiger in Verdacht geraten und polizeilich kontrolliert oder angezeigt werden. Beispiel NSU-Morde: Zehn Jahre lang wurden die türkischen oder griechischen Angehörigen der Opfer von der Polizei als mutmaßliche TäterInnen behandelt, während tatsächlich deutsche Rassisten die Täter waren.

9. Manche Eigentümer sagen: „Nein zum Heim! Sonst verliert unser Haus an Wert.“

Richtig ist: Wohnungen für Flüchtlinge machen es allen Seiten leichter.

Massenunterkünfte gehen vor allem ihren BewohnerInnen auf die Nerven. Das erzwungene Zusammenleben mit anderen, die räumliche Enge, die mangelnde Privatsphäre, die Ablehnung von außen: Vor dem Hintergrund der Flucht und der unsicheren Lebensperspektive ist das eine enorme psychische Belastung. Schon daher sollten Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden. Dann ist auch die Chance größer, dass die Nachbarn keinen Bogen um sie machen, ja vielleicht sogar auf sie zugehen. Wohnungen für Flüchtlinge lösen daher das Problem für beide Seiten.

10. Geizige meinen: „So viele Flüchtlinge aufzunehmen können wir uns nicht leisten.“

Richtig ist: Menschenrechte zu beachten kostet Geld. Und das können wir uns leisten.

Das Asylrecht in unserer Verfassung, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention, die zum Flüchtlingsschutz verpflichten, wurden als Reaktion auf die Grausamkeiten des Nazi-Regimes und des Zweiten Weltkriegs geschaffen. Geflüchtete haben ein Recht zu kommen und ein Recht zu bleiben – unabhängig von ihrer Qualifikation, unabhängig von Nützlichkeitsabwägungen und von ihrer Verwertbarkeit und Verwendbarkeit auf dem Arbeitsmarkt.



11. Bestimmte PolitikerInnen behaupten, es gäbe eine Armutseinwanderung in das deutsche Sozialsystem“.

Richtig ist: Diese Politiker/innen verdrehen und verschweigen.

Diese PolitikerInnen meinen vor allem Geflohene aus Bulgarien und Rumänien. Dabei vergessen sie, dass z.B. 2013 nur 0,3 % der Hartz IV-BezieherInnen Menschen aus Bulgarien und Rumänien waren, und sie verschweigen, dass seit vielen Jahren Menschen aus diesen Ländern z.B. für wenig Lohn und unter menschenunwürdigen Bedingungen in deutschen Fleischerei-Betrieben arbeiten und dass – für den Kapitalismus typisch – Mercedes in beiden Ländern ebenfalls für wenig Lohn produzieren lässt.

12. Nazis propagieren: „Durch Zuwanderung geht die deutsche Kultur zugrunde.“

Richtig ist: Migration gab es schon immer.

Eigentlich kommen wir alle aus Afrika. Menschliche Knochenfunde aus Äthiopien und Kenia weisen darauf hin, dass die Menschen einst von dort ausgehend die anderen Erdteile besiedelten. Seither ist alle Geschichte immer auch eine Geschichte der Migration. Die sog. Völkerwanderung war tatsächlich ein gigantischer Prozess der Vermischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. MigrantInnen waren schon immer da. Das „reine deutsche Volk“ oder die „deutsche Kultur“ ist schon immer eine Erfindung gewesen.

13. Engherzige denken: „Wir sollten uns lieber um unsere eigenen Armen kümmern“

Richtig ist: Das Problem der Armen ist die ungleiche Verteilung des Wohlstands.

Sind Flüchtlinge arbeitslos, klagen viele über die Sozialhilfekosten, die man ja irgendwie mitbezahlt. Sind sie es nicht, fürchten sie die Konkurrenz um Arbeitsplätze. Dabei ist die Angst, dass Flüchtlinge der Mehrheitsbevölkerung die Arbeitsplätze wegnähmen, unbegründet. Forscher, die den

Zusammenhang von Zuwanderung und lokaler Arbeitslosigkeit untersucht haben, fanden keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt von Einheimischen. MigrantInnen gründen Firmen, sie sind ÄrztInnen oder AltenpflegerInnen und schließen Versorgungslücken.

Auch die Rechnung, dass die Versorgung von Geflüchteten Arme noch ärmer mache, geht nicht auf: Kämen tatsächlich weniger Geflohene, bekäme ein arbeitsloser Hartz IV Empfänger nicht einen Cent mehr, geringe Löhne würden deshalb nicht steigen, und Mittelständler hätten nicht weniger Angst vor dem sozialen Abstieg. Hinter diesen Sorgen steht nämlich ein anderes Problem: die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

14. Kalthertige sagen: „Abgelehnte Asylbewerber sofort abschieben!“

Richtig ist: Viele Abschiebungen unterbleiben aus sehr guten Gründen.

Wer fordert, die Betroffenen sollten „endlich“ abgeschoben werden, ignoriert - meist böswillig – dass es oft gute Gründe gibt, warum die Abschiebung nicht erfolgt: etwa weil schwerwiegende Abschiebehindernisse vorliegen, z.B. Krankheiten. Oder weil sich Herkunftstaaten weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen. Zudem wird in eine ganze Reihe von Staaten de facto nicht oder kaum abgeschoben - aus guten Gründen: etwa nach Syrien, Somalia, Afghanistan oder in den Irak.

Auch ordnen mehrere Bundesländer während des Winters Abschiebestopps in Balkanstaaten an, weil sich die Behörden bewusst sind, dass sie sonst die Betroffenen direkt in eine existenzgefährdende Lage bringen würden. Durch PolitikerInnen-Forderungen nach sofortigen Abschiebungen können unter Umständen solche Überlegungen ausgehebelt werden.

Auch anhängige Härtefallregelungen oder Petitionen können Abschiebungen verzögern oder verhindern. Immer öfter akzeptieren Menschen nicht, dass NachbarInnen, MitschülerInnen, SportkameradInnen oder FreundInnen zwangsweise in ein Land abgeschoben werden sollen, in dem ihnen existenzielle Probleme drohen. Doch im Gerede der Populisten geht es nicht um solche Gründe, sondern um die Verbreitung einer rassistischen Stimmung.

Was häufig untergeht: dass geduldete und ausreisepflichtige Menschen sich oft schon seit langem in der beängstigenden ausweglosen Lage befinden, nicht zu wissen, ob sie abgeschoben werden oder nicht. Wir brauchen dringend eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Menschen, die es ihnen erlaubt, hier statt einem Leben auf Abruf endlich ein planbares, selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Die obigen Argumente stammen zum großen Teil aus Publikationen von „Pro Asyl“.

Hrsg: „kein mensch ist illegal“ Wuppertal - <https://kmiiwuppertal.wordpress.com/>

Mit Unterstützung von BaSo e.V. - www.baso.info

Der Druck dieses Textes wird von der Stiftung W. Wuppertal unterstützt.



kmiiwuppertal